



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1/— Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Probleme des Steindruckgewerbes.

Es ist unbestritten, daß das Steindruckgewerbe von der herrschenden Krise mit voller Wucht getroffen ist. Aus dem Labyrinth der derzeitigen Verhältnisse juchen alle Kreise der Wirtschaft einen Ausweg, der das Gewerbe und die Bevölkerung von der drückenden Last einer anhaltenden Depression befreit. Jedoch so verschieden die wirtschaftlichen Machtfactoren, so verschieden die Mittel zur Bekämpfung der Krise. Das Unternehmertum sieht als die probatesten Mittel zur Ueberwindung der Krise Leistungssteigerung, Lohnherabsetzungen und Ermäßigung der sozialen Lasten und Steuern an. Es sind dies „alle Kamellen“ wie man sagt. Es ist höchst bedauerlich, daß die deutsche Industrie, trotz der ihr zur Seite stehenden Wissenschaft, bis heute noch nicht in der Lage war, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, das unabhängig von den drei obengenannten Forderungen einen beachtenswerten Weg zur Ueberwindung der Krise zeigen würde. Die vom „Reichsverband der deutschen Industrie“ unlängst erschienene Denkschrift über „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ identifiziert sich in ihrer letzten Konsequenz genau so mit den drei Grundforderungen kapitalistischer Krisenlösung, wie es jede Unternehmerorganisation bei irgendwelcher Lohn- oder Tarifverhandlungen tut.

Auch unsere Steindruckunternehmer haben die große Seite ihrer Gefinnungsgenossen von der Schwerindustrie verstanden und versucht sie wirtschaftsnah durchzuführen. Just bei den letzten Tarifverhandlungen der Gehilfen schütteten sie ihr wirtschaftsorgeneschmerzes Herz aus und priesen ihre alleinseligmachenden Mittel zur Krisenlösung an. Allein sie fanden auf der Gegenseite nur wenig Verständnis für ihre Wunderkur und mußten das alte Rezept wiederum zu den Akten legen.

Aus der langen Debatte über die Wirtschaftslage schäkte sich das Problem der Leistungssteigerung als des Pubels Kern heraus. Dies war gut, denn schon in seiner Denkschrift über „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ hat der ADGB die Leistungssteigerung durch Rationalisierung der Produktion und des Arbeitsverhältnisses, verbunden mit einer erheblichen Steigerung der Konsumtionkraft der Bevölkerung, hauptsächlich des arbeitenden Volkes als die wichtigsten Mittel zur Ueberwindung der Krise empfohlen. Diese Debatte konnte nun zeigen, inwiefern vielleicht in diesem Punkte eine Übereinstimmung zwischen den Wirtschaftsmächten zustande kommen konnte, die die Grundlage zu planvoller Arbeit zur Hebung der Wirtschaftskrise bilden kann. Wir sind gründlich enttäuscht worden. Wir können von der letzten Tarifverhandlung der Gehilfen die Erkenntnis buchen, daß unsere Steindruckunternehmer wenig willens oder fähig sind, die Gesetze des Gewerbes zu lenken und zu meistern. Mit dem Zynismus mit dem man anlässlich der Debatte über „Probleme der Rationalisierung im Steindruckgewerbe“ verfuhr hat, kapitalistische Profitinteressen gegenüber volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten durchzusetzen, mit diesem Zynismus hat unser Steindruckunternehmertum sich die Bezeichnung als Wirtschaftsführerin des Gewerbes endgültig entleert und um sein Haupt den Dornentanz nackter Interessen- und Profitpolitik gewoben.

Die Gehilfenvertreter hatten zum Problem der Rationalisierung folgenden Antrag eingebracht:

Die Gehilfenvertreter erklären sich grundsätzlich bereit, für eine Steigerung der Leistung der Gehilfen einzutreten, soweit die technischen Einrichtungen der Betriebe eine solche überhaupt ermöglichen.

Bei entstehenden Streitigkeiten über die Leistungen der Gehilfen soll auf Antrag eine Kommission von je zwei Vertretern der Vertragsparteien zur Nachprüfung der technischen Einrichtungen der Firmen besetzt sein. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheiden die Tarifinstanzen.

Um die Bestrebungen auf Erhöhung der Leistungen wirksam zu fördern, verpflichten sich die Unternehmer, die Weiterbildung der Gehilfen mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen.

Ferner verpflichten sich die Unternehmervertreter, ihren Mitgliedern zu empfehlen, technische Erfahrungen dem Gewerbe dienstbar zu machen.

Dieser Antrag der Gehilfen besagt im Grunde nichts anderes, als daß auf seiner Grundlage eine gemeinsame Basis gefunden ist, von der aus das Problem der Rationalisierung befriedigend gelöst werden kann. Die Unternehmervertreter lehnten jedoch diesen Antrag als zu weitgehend ab. Dieser Antrag war anscheinend zu weitgehend, weil er sich um die Gesetze des Gewerbes bemühte, weil er die Möglichkeit der längeren Arbeitszeit ziemlich ausschaltete, weil Lohnverminderungen höchst unwahrscheinlich wurden, weil er in zarten Untertönen vielleicht ein wenig Wirtschaftsdemokratie bedeutete (wenn auch nur angewandt beim Problem der Krisenlösung), kurzum gesagt, weil der Antrag der Gehilfen forderte, daß die Rationalisierung der Produktion im Gewerbe ein Stück Gemeinschaftsarbeit der Tarifparteien sein sollte. Und man hatte es sich auf Unternehmenseite so schön gedacht, die Rationalisierung auf die Schultern der Arbeiter abwälzen zu können und höhere Profite einzuheimsen, ohne den Finger zu rühren oder dem Betrieb mehr Sorgfalt in technischer Beziehung zu schenken. Die Unternehmer haben der ganzen Debatte über die Rationalisierung den Charakter einer Diskussion um das Feilchen für eine höhere Profitrate aufgedrückt. Damit haben sie uns das weiter oben ausgedrückte Urteil abgewunden. Die ganze Debatte endete dann mit der Protokoll-erklärung:

Die Gehilfenvertreter erklären sich bereit, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Steigerung der Leistungen einzutreten.

Mit dieser Erklärung ist weder dem einen gebiet noch dem anderen geholfen. Es bleibt nun eben vorläufig alles beim alten.

Aber damit ist dieser Punkt keineswegs von der Tagesordnung verschwunden. Das Steindruckgewerbe braucht die Rationalisierung, um seine Lebensfähigkeit zu erhalten und die Stellung im Wirtschaftsleben wiederum zu erringen, die sie in der Vorkriegszeit einnahm. Der Rationalisierungsprozeß der gesamten deutschen Industrie schreitet rüstig vorwärts. Hauptsächlich ist es die Rationalisierung der Verwaltung, also die Senkung der allgemeinen Unkosten, die heute im Mittelpunkt aller Rationalisierungsbestrebungen steht. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß das Steindruckgewerbe, soweit es von Industrie, Handel und Gewerbe Aufträge erhält, aus dem allgemeinen Unkostenkonto existiert. Ein Preisabbau im Gewerbe ist also heute von eminenter Wichtigkeit für die Senkung der allgemeinen Unkosten und trägt seinen Teil zur allgemeinen Preisentlastung bei. Ebenso ist die Wiedereroberung alter Absatzmärkte und die Erschließung neuer Abnahmekunden im Ausland für gewerbliche Produkte nur möglich, wenn es gelingt, unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wiederherzustellen. Und wer wollte angehtichts der trostlosen Lage des Gewerbes den Mut aufbringen, gegen Maßnahmen zu kämpfen, die diese erstrebenswerten Ziele in greifbare Nähe rücken. Deshalb wird das Problem der Rationalisierung der gewerblichen Produktion solange aktuell sein, bis es gelöst ist.

Darum haben auch wir Hilfsarbeiter uns mit dem Rationalisierungsproblem zu befassen. Die Rationalisierung ist, wie wir ausdrücklich betonen möchten, nicht nur Sache von Gehilfen und Unternehmer, sondern Angelegenheit aller produktiven Kräfte im Gewerbe. Und das Hilfspersonal gehört heute mehr denn je zu den produktiven Kräften im Gewerbe. Produktive Kraft nicht nur als Arbeitskraft, sondern als verantwortungsbewußt handelnde produktive Kraft. Das Hilfspersonal ist längst vom Stande des Handlungers, den es eigentlich nie so recht angenommen hat, zu einer gewerblichen Berufsgruppe aufgelaufen. Die Arbeit des Hilfspersonals erweist sich heute als der Gehilfenarbeit fast ebenbürtig. Die Produktivstellung im Gewerbe ohne angeleitetes Hilfspersonal ist heute fast zur Unmöglichkeit geworden oder mit der-

artigen Unkosten verknüpft, daß die Rentabilität stark in Frage gestellt ist. Diese Tatsachen sind vorhanden und offenbaren die wirtschaftliche Macht des Hilfspersonals im Gewerbe. Um nun alle produktiven Kräfte zur vollen Entfaltung zu bringen, ist die Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Machtzentren des Steindruckgewerbes Gebot der Stunde.

Wie sind nun die Forderungen des Hilfspersonals zur Rationalisierung? Sie sind erstens: Gleichstellung unserer Organisation mit anderen Organisationen in der Problemlösung, d. h. Einbeziehung unserer Vertreter zu Diskussionen, auf deren Tagesordnung das Problem der Rationalisierung steht. Zweitens: Unterschiedslose Tarifverhältnisse bei Gehilfen und Hilfsarbeitern. Drittens: Anerkennung des Hilfspersonals als produktiver Faktor unseres Gewerbes.

Mit diesen drei Forderungen ist unser Programm keineswegs erschöpft. Jedoch scheinen sie uns vorerst als Ausgangsbedingungen für eine neue Orientierung der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse im Gewerbe von maßgebender Bedeutung. Diese drei Einzelforderungen laufen letzten Endes auf eine Forderung hinaus, die für das ganze Problem der Rationalisierung von entscheidender Wichtigkeit ist. Es ist dies, wie wir weiter oben bereits angeführt haben, die Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses.

Inwiefern ist nun die Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses des Hilfspersonals im Steindruckgewerbe von maßgebender Bedeutung für das gesamte Rationalisierungsproblem im Gewerbe? Alle Rationalisierung kann nur von zwei Faktoren durchgeführt werden; erstens durch Leistungssteigerung infolge technischer Veränderungen und Verbesserungen, und zweitens durch Leistungssteigerung der manuellen Arbeitskraft. Das erstere ist insbesondere Sache der Unternehmer, während das zweite Aufgabe beider Mächtegruppen im Gewerbe, der Unternehmer und der Arbeiter ist. Es kommt bei letzterem Weg darauf an, den Arbeitswillen, oder sagen wir besser, den Leistungswillen der Arbeitenden zu steigern. Normalerweise ist dies nur möglich durch die Schaffung eines Berufsbewußtseins, welches aber nur dann geweckt wird, wenn der Arbeitende aus seiner Tätigkeit im Gewerbe die materiellen und ideologischen Mittel ziehen kann, die ihm ein angenehmes Leben in voller Harmonie auf der heutigen Kulturstufe der Menschheit gestatten. Wollen also die Unternehmer beim Hilfspersonal in Verbindung mit einer technischen Rationalisierung der Produktion eine größere Entfaltung seiner manuellen Arbeitskraft, eine Steigerung seines Leistungswillens durchsetzen, dann müssen sie dazu die Voraussetzungen schaffen. Und da erhebt sich die Frage: hat das Hilfspersonal ein Berufsbewußtsein, hat es Interesse am Gewerbe? Die Beantwortung der Frage wäre nicht einfach, wenn unsere gewerkschaftliche Organisation durch ihr bloßes Vorhandensein nicht schon in zustimmendem Sinne die Antwort gibt. Wenn die Unternehmer mit aller Brutalität ein Entwickeln des Berufsbewußtseins unserer Kollegenschaft nicht hintertrieben hätten, stände dieses im Kollegentreis heute in einer höheren und reineren Form da. So ist es leider nur in solichem Maße vorhanden, als es die gewerkschaftliche Organisation erfordert. Ebenso wie der Zusammenhalt zwischen Hilfspersonal und Organisation existiert, müssen wir auch den Zusammenhalt zwischen Hilfspersonal und Gewerbe vertiefen. Sache der Unternehmer ist es nun, hierzu die nötigen Baustoffe zu liefern. Darum schaffen die Unternehmer die besten Voraussetzungen zur Rationalisierung, wenn sie durch die bisherige Politik des „Schutzverbandes“ einen dicken Strich machen. Ist es zum Beispiel noch förderlich für das Gewerbe, wenn eine Anzahl Bezirks- und Ortstarife besteht; wenn Lohnschwankungen von eminenter Höhe den Normalzustand bilden; wenn Arbeitskämpfe dauernd alle Bezirke des Gewerbes beunruhigen; wenn Herrengeists- und Rechtsbehandlung dominieren; wenn rückwärtslose Ausnutzung der Konjunktur dauernd durch Lohnabbauanträge den Arbeitswillen eindämmt; wenn zweierlei Maß bei Gehilfen- und Hilfspersonalbehand-

lung in tariflichen und anderen Fragen immer erneut das Gefühl des „Menschen zweiter Klasse“ hervorruft und alle Vernunft in Haß verwandelt? Noch wollen wir nicht glauben, daß allen gewerblichen Unternehmern alles Interesse am Gewerbe verlorengegangen ist. Das Buchdruckgewerbe sollte für unsere Steindruckunternehmer eindrucksvolles Beispiel sein, wie bei wenigen Opfern annehmbare Zustände hergestellt werden können. Darum geht unser Ruf an alle die, die dem Gewerbe in seiner wirtschaftlichen — und seiner moralischen Not helfen wollen: schafft die Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses des Hilfspersonals, dann schafft ihr die Voraussetzungen zur Rationalisierung der Produktion und damit die Möglichkeit zu neuem Aufstieg und einer Blüte des Gewerbes.

S. Klaus.

Soziale Bewegung in Deutschland.

Das Problem der Arbeitslosigkeit.

Am 1. Juli ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber Mai noch nicht zurückgegangen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 1 742 567, 13,8 Prozent der Mitglieder der berichtenden Gewerkschaften waren völlig arbeitslos, 16,5 Prozent arbeiteten verkürzt. Die Zahl der von den Gewerkschaften erfassten Kurzarbeiter ging im Juni nur um 0,9 Prozent zurück. Um nur einige Beispiele zu nennen: im Baugewerbe waren im Juni des Vorjahres 3,25 Prozent der gesamten Bauarbeiter arbeitslos, im Juni dieses Jahres 22,8 Prozent. Auf dem Verbandstag der Schuhmacher wurde festgestellt, daß heute 32 Prozent der Mitglieder arbeitslos, 37 Prozent Kurzarbeiter sind. Somit ist die Arbeitslosigkeit zu einer dauernden Erscheinung im deutschen Wirtschaftsleben mit allen ihren verhängnisvollen Folgen geworden. Kein Wunder, wenn das Arbeitslosenproblem im Vordergrund der Erörterungen steht, ja sogar die Regierung zum energischen Einschreiten veranlaßt. Der Reichstag beschloß, produktive Fürsorge in einem Umfang einzuleiten, daß 500 000 Erwerbslose beschäftigt werden können. Es fragt sich, ob die hierzu nötigen Kapazitäten beschafft werden können. Jedenfalls sollen diese Arbeiten nicht nur aus Steuermitteln, sondern aus Anleihen befristet werden. Als Arbeiten werden vorgehoben: die Kultivierung von Oeländern, der Bau von Kanälen und Automobilstraßen, die Pflanzung von Wasserkräften für die Elektrizitätsversorgung, die Elektrifizierung der Bahnen, der Bau von Schnellbahnen usw. Wichtig ist, daß es sich hier um zusätzliche Arbeiten handeln soll, d. h., daß die Gemeinden nicht auch sonst vorgehene Arbeiten im Rahmen dieser neuen Arbeitsmöglichkeiten verrichten lassen sollen. Von großer Bedeutung ist es, daß die Erwerbslosigkeit der Arbeitnehmer möglichst oft unterbrochen werden, und daß sie womöglich in ihrem eigenen Beruf bleiben sollen. Die Frage der Unterbringung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist nicht befriedigend gelöst. Die Zwischenlösung vor dem endgültigen Zustandekommen des Gesetzes über die Erwerbslosenfürsorge konnte im Reichstag nicht verabschiedet werden, weil über die Lohnklassen und die Begrenzung der Unterstützung nach der Lohnhöhe eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Deshalb bleibt das alte System bis Ende November bestehen, innerhalb dessen aber die Unterstützungen noch außerordentlich niedrig sind. Das selbe gilt in gesteigertem Maße für die Kurzarbeiterunterstützung, deren Gültigkeit vom Reichstag nur bis Ende November ausgedehnt wurde. Bei der Wichtigkeit dieser Frage ist es selbstverständlich, daß die Düsselbacher Tagung des A D O B die Probleme der Arbeitslosigkeit und der produktiven Erwerbslosenfürsorge in den Vordergrund gestellt und in ausführlichen Referaten behandelt hat.

Die Arbeitszeitfrage spielte im abgelaufenen Monat ebenfalls eine Rolle, nachdem sie seit einiger Zeit etwas zurückgetreten war. Die Bergarbeiter Ober-Schlesiens müssen heute noch 8½ Stunden unter Tage arbeiten. Am diesem Zustand endlich ein Ende zu bereiten, haben sie das heute bestehende Abkommen gekündigt. Auf dem Kongreß des Bergarbeiterverbandes in Saarbrücken wurde die Forderung laut, die siebenstündige Schicht auch für den Ruhrbergbau wiederherzustellen. Die Angestellten müssen einen energischen Kampf für die Erlangung ihrer Sonntagsruhe führen.

Die große Arbeitslosigkeit verleiht die Unternehmern zu Bestrebungen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, die Urlaubszeit zu verkürzen, vor allen Dingen aber die Löhne herabzusetzen. Deshalb werden die Tarifverträge vielfach gekündigt, die Zahl der Eingriffe der Schlichtungsausschüsse nimmt zu. In einer Anzahl von Fällen gelang es, die von den Unternehmern geplanten Lohnherabsetzungen abzuwehren, so in der Lederverwarendindustrie, in der Herren-Konfektionsindustrie und für die Angestellten der Berliner Metallindustrie. Lohnherabsetzungen auf Grund von Schiedssprüchen erfolgten in mehreren Gebieten und Berufszweigen innerhalb des Baugewerbes, auch wurden die Löhne der Kartonnagearbeiter herabgesetzt. Auf dem Verbandstag der Schuhmacher wurde ebenfalls über Verschlechterungen des Schiedsspruches für die Schuhindustrie geklagt. Da die Lebenshaltungskosten seit einiger Zeit infolge der erhöhten Lebensmittelpreise eine steigende Tendenz zeigen, fallen diese Bestrebungen zum weiteren Lohnrückgang besonders schwer ins Gewicht.

Auf sozialpolitischem Gebiet wurde vor den Sommerferien des Reichstags eine Anzahl wichtiger Gesetze verabschiedet. Das wichtigste unter ihnen ist das neue Reichsstaatsratsgesetz. Es zeigt eine Anzahl von Verschlechterungen, aber auch wesentliche Verbesserungen gegenüber dem heute bestehenden Zustand und wurde deshalb auch von den Arbeitnehmern angenommen. Vor allem ist die weitgehende Familienhilfe hervorzuheben, die in dem Knappschaftsgesetz als Pflichtleistung eingeführt wird. Die Pensionshöhe werden künftighin nicht nach einer Einklassifikation, sondern nach Lohnklassen berechnet. Die Alterspension, welche mit dem 55. Lebensjahr bei 25 Dienstjahren gewährt wird, wurde auch auf Versicherte, die keine wesentlich bergmännische Arbeit verrichten, ausgedehnt. Es ist zu bedauern, daß die Reichsstaatsratsgesetz in je einer Versicherungsart für Angestellte und Arbeiter verlegt wurde. Zum Schutz der älteren Angestellten ist ihre Kündigungsfrist ausgedehnt worden. Der Mieterschutz wurde auf ein weiteres Jahr verlängert. In bezug auf die Unfallversicherung konnten einige Verbesserungen erreicht werden, dagegen traten in der Angestellten- und Invalidenversicherung zwei wesentliche Verschlechterungen ein. Künftighin wird dem Invaliden für sein über 15 Jahre altes Kind kein Kindergeld mehr gewährt. Der Inhalt des Entwurfs für das Arbeiterschutzesgesetz ist noch nicht bekannt. Die Eisenbahner empfinden aber eine berechtigte Verbitterung darüber, daß sie von den Schutzmaßnahmen dieses Gesetzes in bezug auf Arbeitszeit usw. ausgenommen werden sollen. Für die künftige Gestaltung ist eine kürzlich erfolgte Erklärung des Arbeitsministers von Bedeutung, der zufolge er die Ueberführung der Verwaltung der Sozialversicherung in die Hände der daran Beteiligten und unter Abbau der behördlichen Verwaltung beachtliche. Die Arbeitnehmer werden diese Absicht mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, müssen aber dafür sorgen, daß sie in den Selbstverwaltungsgremien ihrem Gewicht entsprechend richtig vertreten werden. Auf der Düsselbacher Tagung wurden neben den erwähnten

Fragen der Arbeitslosigkeit auch Probleme des Arbeiterschutzes und der Arbeitsphysiologie behandelt.

Das Problem der Umgestaltung der Berufsverbände in Industrieverbände spielte im abgelaufenen Monat eine große Rolle. Die Schaffung des Keramik-Bundes innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes durch Angliederung der Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter wurde im Juni zu einer vollzogenen Tatsache, und ebenfalls die Schaffung eines Verbandes der Lebensmittelarbeiter, welche durch die Vereinigung der Verbände der deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen zustande kommen wird. Der erste Industrieverband wird etwa 100 000 Mitglieder, der letztere Verband über 130 000 Mitglieder umfassen. Im Lebensmittelverband werden die Brauereiarbeiter, die Arbeiter der übrigen Getränkeindustrie, die Mühlenarbeiter, die Arbeiter der Süßwarenindustrie, die Fleischer samt den Arbeitern der Fleischwarenindustrie vereinigt sein. Auch der Verband der Kupferschmiede, eine außerordentlich gut organisierte Gewerkschaft, welche den überwiegenden Teil der Kupferschmiede umfaßt und deren Mitgliederzahl zurzeit 6000 beträgt, hat die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband grundsätzlich ausgeschlossen. Zunächst soll zwar nur ein Kartellvertrag abgeschlossen werden, doch mit der Absicht, den Zusammenschluß vorzubereiten. Endgültig wird dazu erst durch Urabstimmung Stellung genommen werden. Der Metallarbeiterverband hat im übrigen durch den Anschluß des Industriearbeiterverbandes Solingen, welcher die Stahl- und Schneidwarenarbeiter Solingens zusammenfaßt, neuen Zuwachs erhalten. Sehr energisch wurde die Forderung des Industrieverbandes auf dem Bergarbeiterkongreß vertreten, wo die Zusammenfassung aller Arbeiter, welche in den Bergwerken und ihren Nebenbetrieben arbeiten, betreffend, für wünschenswert erklärt wurde. Auch die Tagungen der Buchdrucker und Schuhmacher befaßten sich mit dem Problem des Industrieverbandes; jedoch wurde vor allem auf dem Buchdruckerkongreß vom Vorstand betont, daß, obwohl er kein Gegner der Industrieverbände sei, er eine zwangsweise Verschmelzung von Verbänden nicht für wünschenswert halte und der Meinung sei, daß das Weiterbestehen und Zusammenwirken der vier graphischen Verbände zum Vorteil aller gereiche.

Auf den in den letzten Wochen abgehaltenen Verbandstagen der Buchdrucker, Schuhmacher, Kupferschmiede und Bergarbeiter wurden neben allgemeinen Fragen der Wirtschaft, Kartell- und Zollpolitik und dem Problem der Erwerbslosenfürsorge die besonderen Fragen der betreffenden Berufszweige erörtert. Die Bergarbeiter protestierten gegen die planlose Stilllegung von Bergwerken und forderten die internationale Bewirtschaftung der Kohle. Dem Kongreß der Buchdrucker gab das sechzigjährige Bestehen des Verbandes und die Einweihung des neuen Verbandshauses ein feierliches Gepräge. Es konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Mitgliederzahl heute den Friedensstand bereits um 10 000 übersteigt hat. Die Mitgliederzahl der Schuhmacher hat sich infolge der ungenügenden Arbeitslosigkeit zwar etwas verringert, doch haben sich die Organisationsverhältnisse erheblich verbessert.

Damit's die Spaz' noch macht,
mußt bu dich immer bequemen,
das Leben immerhin
ein bißchen ernst zu nehmen.

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Fritz Kummer.

II.

Vom Pariser Leben.

Seit dreizehn Jahren hatte ich Paris nicht mehr gesehen. Es sind dies aber keine gewöhnlichen Jahre gewesen. In dieser Zeit hat die Menschheit ungeheuerliches erduldet; haben die Völker zu beiden Seiten des Wassergewaldes in einem blutigen Handgemenge gelegen; hat sich das Verhältnis der Nationen zueinander sehr geändert und ist ein starker Wandel in der Stimmung oder Gefinnung der Menschen vor sich gegangen. Wie aber haben sich in diesen bewegten dreizehn Jahren Paris und seine Menschen geändert? Ich war mit ihnen immer sehr gut ausgekommen, hatte über Gastfreundschaft nie zu klagen gehabt und dort manchen lieben Freund gefunden, der in meiner Handwerksburschenzeit sein Brot und seine Kammer mit mir geteilt hat. Nun sollte ich nach so langer Zeit die gute Stadt wiedersehen. Was Wunder, daß ich in gepannter Erwartung dem Hofbahnhof enteilte. Nachdem ich mein Felleisen einem Soldatenmenschen übergeben hatte — nach dem Zimmerpreis zu fragen hielt ich für einen Hochvaluarier nicht schädlich — schlenderte ich zu den Boulevards hinunter, um dort das Leben und Treiben für einen Vergleich mit einst zu schauen. Auf den Fußsteigen schoben sich wie ehedem diese Klumpen Menschheit fröhlich plaudernd hin und her. Die Tischehen vor den Kaffeehäusern wiesen an dem milden Sommernachmittag fast keine Lücke auf. Auffallend viel englische Leute. Der Wagenverkehr war viel dichter. Da die Kraftfahrzeuge sehr billig — etwa fünf- bis sechsmal billiger als bei uns — sind, können sich auch die kleinen Leute eine Fahrt gestatten. An unendlichen Reihen schiefen die Automobile, mehrere nebeneinander, hin und her. Zwischen den Kraftwagen quirlen auch Handarrenschieber, Radfahrer und Pferdewägelchen herum. Aber es geht alles einträchtiglich zu. Und wenn es einmal

ein Ansehen gibt, ist man mit ein paar freundlichen Worten schnell wieder voneinander. An den Straßenkreuzungen wird nun freilich der Verkehr zuweilen sehr dickflüssig und oft steht er ganz still, um die Querseite durchzulassen. Mit dieser sehen auch die Fußgänger über den Fahrdamm.

Der Eintrachtsplatz. Einen Mittelpunkt von solcher Pracht und geschichtlicher Erinnerung hat keine Stadt der Welt aufzuweisen. Links, jenseits der Seine, das Abgeordnetenhaus, rechts das Marineministerium, im Rücken die Tuilerien und vorn, langsam aussteigend, die prächtigen Champs Elysees mit dem Triumphbogen und dem Grabe des Unbekannten Soldaten am Ende. Zu beiden Seiten der Champs Elysees Banken, Kaffeehäuser, hotels und Süßkonditoreien mit englischen Anschriften und amerikanischen Fahnen. Dies beweist, daß die hohen Verbündeten die Träne bis über den Krieg hinaus bemahren. Woan die Franzosen, wie ich hundertfach hören konnte, alles andere als enttäuscht sind. Am Grabe des Unbekannten Soldaten kamen und gingen ständig Besucher. Sie näherten sich mit entsetztem Haupte und blieben einige Augenblicke, wie in Anbacht versunken, stehen. Am oberen Ende der Grabesplatte schwebte die ewige Flamme.

Unten in der Stadt begannen die Lichter aufzufackern. Es war somit Zeit, die äußeren Boulevards aufzusuchen, wo sich die weltbekanntesten Vergnügungsorte befinden. Mit einem Omnibus legte ich die hundertlange Strecke für 40 Centimes oder etwas über fünf Pfennig zurück. Eine mehrbländige Umfassung ließ mich sagen, daß das Nachtgeln viel von seiner einstigen Eleganz und Lebendigkeit verloren hat. Das gilt für das Leben auf den Straßen wie für das in den Vergnügungsorten. In der weltbekanntesten Moulin Rouge (Rote Mühle) glaubt man auf einem Dienstmenschenhauf zu sein, dessen Bunttheit jetzt allerdings durch schwarze, braune und gelbe Jungfrauen gehoben wird, was früher nicht der Fall war. Freilich, auch sie vermögen die verschönderte Heiterkeit nicht zu bringen.

Als das Ende dieses studienreichen Tages nahe herangekommen war, setzte ich mich in eins der kleinen Kaffeehäuser auf den äußeren Boulevards, um mit Eingeborenen des Banalsten ins Trübelige zu besprechen. Die einen nannten das Demokratisierung, die anderen Proletarisierung. Krieg und Inflation hätten den Schichten, die früher dem Nachleben das Gepräge gaben, die Luft und die Selbstmittel zum Kommen genommen, die fortschreitende Entwertung des Franken nehme den Mittelschichten nach dem letzten Rest von Reizung zu sich nächstlicher Kurzwelt. An ihre Stelle sei die Jugend getreten, die in der Kriegszeit in die Industrie gezogen wurde, hier Unabhängigkeit sich angewöhnte und der die Jugendfranzösischer leichter durch die Hände glitten, als den Alten die Soufferte. Diese Jugend wolle das nachholen, was sie im Kriege entbehrt habe. Folgen des Krieges und der Inflation!

Vom dem Pariser Nachleben wird in allen Ländern lang und breit erzählt. Es war und ist viel Ueberzeugung dabei. Berlin hat heute bestimmt mehr davon. Bei zahlreichen Ausländern beschränkt sich die ganze Kenntnis vom französischen Leben auf das, was sie zu nächster Stunde auf den Pariser Boulevards gesehen und erlebt haben. Das übertrugen sie in ihrer Einfachheit auf ganze Land. Daher kommen sehr schlechte Urteile über die französischen Sitten und Frauen. So konnte vielfach die letzte Annahme entstehen, in Paris oder ganz Frankreich seien die Frauen so ziemlich alle vernünftigsüchtig und gefällig. Nichts ist richtiger als das, besonders wenn die Arbeiterfrauen in Frage stehen. In Arbeitssamkeit und ehelicher Treue nimmt es die französische Frau mit jeder andern auf. An dem Heim meiner Arbeitskollegen konnte ich nicht genug staunen über den häuslichen Fleiß, den ihre Frauen, meist nach einem langen Arbeitstag in der Fabrik, noch sehen ließen. Eine Lebensgefährtin und Mutter von solcher Aufopferungsfähigkeit ist so leicht nicht zu finden.

Der Märtyrer der Zeit?

Wunderdoktoren, die die gegenwärtige Krise mit Vorschlägen zu heilen glauben, schießen zurzeit wie Hirse aus der Erde. Industrieführer, Wirtschaftstheoretiker, Finanzfachleute und andere Kapazitäten schüttele die Vorschläge nur so aus den Ärmeln. In der Regel wird dabei die nicht unwichtige Tatsache übersehen, daß der wirtschaftliche Niedergang der letzten Monate eine Krise des deutschen Kapitalismus überhaupt ist. Wohl ist es richtig, daß die innere Krankheit Europas, dessen nicht unwichtigster Teil Deutschland ist, die Keime der gegenwärtigen Krise gelegt hat und letzten Endes zur Entfaltung brachte. Dennoch wäre es falsch, dieses Faktum als allein maßgebend anzuerkennen und im übrigen vor den nächstliegenden Tatsachen die Augen zu verschließen.

Herr Friedrich Minou, der früher Mächtigste im Hause Stinnes, schrieb im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Behebung.“ Der Artikel enthält neben mancher schiefen Auffassung auch ganz treffende Bemerkungen. Aber wir greifen ihn unter vielem heraus, weil sich an ihm treffend nachweisen läßt, daß die besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft von den Eigenschaften ihrer Einstellung nicht los können, wenn es sich um die theoretische Durchdringung wirtschaftlicher Zustände handelt. Minou schreibt u. a.: „Der deutsche Industrielle, neben dem deutschen Landwirt, ist heute in der Tat der Märtyrer der Zeit. Gequält von fortgesetzten Eingriffen des Staates, leidend unter ungeheuren öffentlichen Abgaben und den noch immer zu hohen Zinssätzen für das so dringend nötige Kapital und in seiner Existenz gefährdet durch Mangel an lohnenden Aufträgen, schleppt sich mühsam hin. Der Kreislauf stockt; wir können nicht konsumieren, da wir nicht produzieren, und können nicht produzieren, da wir nicht konsumieren. Unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland nicht produzieren zu müssen, gilt als menschliches Glück, so daß es menschlich auch durchaus zu verstehen ist, wenn alte Unternehmungen einschrumpfen und aufgegeben werden und an neue Unternehmungen sich niemand heranwagt.“

Also der deutsche Industrielle ist der Märtyrer der Zeit! Man wäre versucht, an eine Umkehrung Minou's anzuknüpfen, die er einmal vor dem Untersuchungsausschuß über den Marktzug 1923 gemacht hat. Er war noch Generaldirektor der Stinnes & m. b. H., Berlin, und polemisierte dort gegen den Vertreter der „Frankfurter Zeitung“. Dabei äußerte er: „Woher bekommt Stinnes das Geld? Er hat eine Schaar von Mitarbeitern, die mit Begeisterung für ihn arbeiten und soviel Geld hat kein Hugo Stinnes und keine „Frankfurter Zeitung“, daß diese Schaar sich dazu herbeigebe, etwas zu tun, was gegen die deutschen Interessen ginge! . . . Unser Tag hat 16 Stunden; wenn alle, so wie wir, 16 Stunden arbeiteten, würde es um Deutschland besser stehen.“ Wir wissen nicht, ob die deutschen Industriellen allgemein heute noch erklären können, täglich 16 Stunden zu arbeiten. Wie Minou schreibt, gilt es heute als ein Glück, nicht produzieren zu müssen. Als man auf dem bequemen Boden der Inflation mühelos scheffeln konnte, war dies anders. Jetzt, da es heißt, wirkliche Fähigkeiten eines Wirtschaftsführers zu entwickeln, sehen wir wenig Glanzleistungen, dafür Resignation und Vergewissung. Märtyrer der Zeit, dieses Prädikat vermögen wir unseren Industriellen nicht zuzuerkennen. Dies sind die Millionen Arbeiter und Angestellten, die beschäftigungslos auf dem Pflaster liegen. Sie sind die wahren Märtyrer und, wie man hinzufügen muß, so gebüdig, daß man ihre Langmut bewundern muß.

Löhne und Lebenshaltung.

Die Inflation ist zurzeit die große öffentliche Frage Frankreichs, aber daß man sie mit dem gebührenden Ernst behandelte, läßt sich nicht gerade behaupten. Vielfach verhält man sich der Inflation gegenüber etwa so, wie wir uns in Deutschland anfangs 1922 der österreichischen Inflation gegenüber verhielten. Man wird sich vielleicht noch erinnern, daß wir uns halb trakt lachten, wenn die guten Wiener mit einer Handfläche voll Papier Scheine auf unsere Kongresse kamen, und wie reichten uns fast den Kopf beim Schütteln aus, weil so eine Karotte überhaupt möglich war. Ein gutes Jahr später war Baden und Kopf schütteln noch mehr am Plage, aber auf der anderen Seite. Nun kann man gestrotzt geben, daß die Geldentwertung in Frankreich niemals so wichtig wie geben kann wie in Deutschland, schon weil es nicht herabfallen auf den Weltmarkt angewiesen ist und viel mehr von seinem Bedarf, vor allem einmal die Nahrungsmittel, aus eigenem Boden deckt.

Sindessen, die Geldentwertung schreitet fort, wenn auch langsam, und langsam steigen die Preise, noch langsamer aber die Löhne. Vielfach ist freilich nur eine geringe Preissteigerung wahrzunehmen, so bei Kraftwagenfahrten, Bahnüberführung, Zeitungen, Büchern, Ansichtskarten und anderen Dingen mehr. Und eine Betrachtung der Preislisten in den Schaufenstern läßt einen glauben, daß nahezu alle Waren um ein Drittel, wenn nicht noch billiger sind als in Deutschland.

Wie dem nun auch sei, der amtliche Pariser Index erklärt, daß von 1914 bis zum Juni 1926 die Lebenshaltung um 522 Proz. teurer geworden sei. Nach einer anderen wohl begründeten Berechnung müßte die amtliche Maßzahl für Juni sogar 601 lauten. Welche von den beiden Maßzahlen die die richtige sein mag, man wird nicht weit von der Wirklichkeit entfernt sein, wenn man annimmt, daß sich seit 1914 der Lebensunterhalt 5/2mal verteuert hat. Die Frage ist nun, wie sich durch die Inflation, durch diese Verteuerung

Und nun zu der Behauptung des stockenden Kreislaufes: „Der Kreislauf stockt; wir können nicht konsumieren, da wir nicht produzieren, und können nicht produzieren, da wir nicht konsumieren.“ Diese Auffassung kann man als landläufig bezeichnen, man hört sie allerorten und kennzeichnet die verkehrte Einstellung unserer Wirtschaftsentwickler. Man kommt nicht auf den Gedanken, daß die Krise in der Hauptsache eine Frage der Warenpreise ist, und daß die schweren Opfer umsonst gebracht werden, wenn es nicht gelingt, die Warenpreise ganz empfindlich zu senken. Die amerikanischen Industriellen haben es früh genug begriffen, wie man sich Abnehmer künstlich schafft, wenn sie nicht vorhanden sind. Bei einer Reise durch Deutschland berichtet der Amerikaner A. Filleme, daß er auf die Klage deutscher Industriellen, wonach die Waren nicht abzugehen seien und die Produktion infolgedessen eingeschränkt werden müsse, erwidert habe: „Sie müssen mehr produzieren!“ Auf die verdutzten Gesichter hat dann der Amerikaner hinzugefügt, daß diese Mehrproduktion auf dem Wege gewaltiger herabgesetzter Preise ihre Konsumenten suchen müsse. Bei uns in Deutschland denkt man zuletzt an die Erweiterung der Kaufkraft durch die Verbilligung der Preise. Im Gegenteil, man hat in der Inflation und danach die Konsumenten erschlagen, die Kaufkraft der breiten Massen, dieses große Aufgabebeken einer gesteigerten Produktion, wurde vermindert anstatt vermehrt.

Wenn nach dem Auslande exportiert werden soll, erkennt man folgerichtig, daß die Waren möglichst billig angeboten werden müssen. Der ausländische Käufer bekommt deutsche Waren viel billiger als der deutsche. Wir brauchen gar nicht an deutsches Eisen zu erinnern, welches in europäischen Nachbarländern kaum die Hälfte kostet als in Mitteldeutschland. Auch Feuertreibstoffe sind im Auslande billiger zu kaufen als im Ursprungslande Deutschland. Eine vollendete Ungerechtigkeit, daß man im Auslande durch energische Herabsetzung der Preise Abnehmer zu gewinnen sucht, während man dies in Deutschland selbst viel billiger haben könnte. Doch den inländischen Konsumenten betrachtet man als meckende Kuh, gerade gut genug, durch Kartelle und Preisconventionen stranguliert zu werden. Der verbilligte Export wird überdies noch auf die inländischen Preise draufgeschlagen. Es ist erfreulich, daß diese Gedankengänge auch von bürgerlichen Leuten konsequent verfolgt werden. So schreibt der demokratische Professor Bonn im „Berl. Tglbl.“ über die Preispolitik und Arbeitslosigkeit u. a. folgendes:

„Entweder müssen die Einkommen in ihrer Kaufkraft erhöht werden, d. h. die letzten Konsumenten müssen mehr Geldeinheiten — bei gleichbleibendem Geldwert — bekommen als früher, so daß sie nicht nur die gleiche Menge, sondern eine darüber hinausgehende Menge von Sachgütern verzehren können, oder die Kosten der Sachgüter müssen so herabgedrückt werden, daß gleichbleibende Einkommen größere Mengen verbrauchen können. Ohne eine der beiden Methoden — sie können auch kombiniert werden — ist eine Ausnutzung der aufgekauften Produktionsanlagen unmöglich. . . . Eine Krise ist eine sinnlose Krise, wenn sie nicht den Ausgleich, das heißt die Anpassung der Produktion an den letzten Konsum herbeiführt. . . . Diese Produktionsverbilligung ist der Sinn jeder Krise; die Preise müssen soweit sinken, daß nur die besten Werke bei den gesunkenen Preisen weiterproduzieren können. Diese dehnen sich dann unter Umständen sogar aus, während die schlechteren ausgemerzt werden. Auf dem gesunkenen Preisniveau wächst dann bei gleichem Einkommen der Konsum der betreffenden Ware wieder an. Es wächst aber auch der Konsum anderer

die Lage der Arbeiterschaft gestaltet. Wenn sie sich noch der gleichen Lebenshaltung erfreuen will, dann muß sich zum mindesten ihr Einkommen 5/2mal verbessert haben. Dies scheint jedoch, wie ein Vergleich verschiedener Lohnsätze von einst und jetzt ergibt, nicht der Fall, oder doch nur in vereinzelt Fällen. Dies ist an einem Beispiel darzulegen: Ich verdiente vor dem Kriege als Werkzeugmacher in Paris 8,10 Franken den Tag, folglich müßte heute in Anbetracht der Teuerung der Werkzeugmacher 8,10 = 44,55 Franken verdienen. Der Vorkriegslohn von 8,10 Franken hat noch für manchen andern Beruf gegolten. Sie alle müßten heute 44,55 Franken haben. Allein, die Besuche mit solchem Tagesverdienst sind in Paris ziemlich dünn gefast. Die Stundenlohnsätze der Friseurarbeiten schwanken in der Hauptsache zwischen 3 und 4 Franken, das sind 24 bis 32 Franken den Tag. Somit bleibt die Lohnsteigerung erheblich hinter der Preissteigerung zurück.

Deffenungeachtet wurde mir fast immer gesagt, der französische Arbeiter stehe sich heute besser als vor dem Kriege. Auf den Einwand, daß dieser Behauptung der Vohnvergleich widerspreche, wurde, um es zusammengefaßt zu wiederholen, erklärt, die Stundenlöhne erhöhten sich durch Stillearbeit und verdrängte Zuschläge etwas, so durch den Familienzuschlag, der drei und mehr Franken den Tag ausmachte. Schließlich spielten bei dem Vergleich der Lebenshaltung von einst und jetzt noch verschiedene Umstände wesentlich mit. So gingen heute mehr als früher die Kinder und Frauen mit zum Broterwerb aus. Demnächst ereute sich der Arbeiter dank der beipflichteten Gesundheitsübungen ununterbrochener Beschäftigung, so daß es kaum einen Lohnausfall gebe. Und schließlich werde jetzt viel weniger Geld in Alkohol umgewandelt, ein Fortschritt, der dem Arbeitsstandtag zu verdanken sei. Die Arbeiter seien jetzt eine, zwei, ja sogar drei Stunden eher daheim, welche Freizeit zur häuslichen Gemütsmächung verwendet werde, was ebenfalls zur Besserung der proletarischen Wohlfahrt beitrage.

Waren, da durch die Verbilligung ein Einkommenssteff freigeworden ist. Eine Krise, die keinen Preisfall bringt, und zwar einen erheblichen Preisfall, ist eine sinnlose Krise. Sie wird je unfinniger, je länger sie dauert. Sie ist nur zu überwinden, wenn billiger produziert und mehr konsumiert wird. . . . Sinkende Preise als Ergebnis steigender Ergiebigkeit der Arbeit können die Arbeitslosigkeit beseitigen.“

Das ist etwas ganz anderes, als wenn man, wie Minou, hilflos stammelt: „wir können nicht produzieren, weil wir nicht konsumieren, und nicht konsumieren, weil wir nicht produzieren können“. Die amerikanische Wirtschaft stände noch auf der Stufe wie vor 12 Jahren, es gäbe weder einen Ford noch ein billiges Auto, wenn man nach deutschem Muster verfahren wäre. Bei uns kennt man eben nur den Produzenten, der Konsument wird kaum in Rechnung gestellt. Der Konsument ist schuldig, die Produzenten werden in dem Lande der Monopole von hohen Schutzmauern umgeben, gehegt und gepflegt. Was der staatliche Schutz nicht vermag, wird durch den Selbstschuß der Kartelle und Syndikate nachgeholt. Die theoretische Einstellung ist durchaus mittelalterlich, der gerechte Preis soll jedem Produzenten wie in der jetzigen Zukunft zustanden werden, wenn auch die Produktionsanlagen in der Größe und in ihrer Verschaffenheit mit der Kaufkraft der Bevölkerung in keinem Zusammenhang und in keiner Übereinstimmung stehen.

Märtyrer der Zeit sind die Arbeitslosen, die Sozialrentner und sonstige Leidtragende dieses Systems und in weiterem die breite Masse der Arbeitenden, die ständig in Unsicherheit lebt und denen man einen sicheren Lebensstandard nicht zu schaffen vermag. Märtyrer aber sind nicht jene, die eine volkswirtschaftliche Aufgabe nicht zur Zufriedenheit aller zu vollbringen vermöchten.

Jugend, an die Front!

Freunde, Kameraden, freie Junggewerkschafter!

Mit allen Mitteln roher und brutaler Gewalt versuchten die vom Blutrausch trunkenen reaktionären Regierungen aller Länder ihre imperialistischen Ziele zu verwirklichen. Noch heute weiffahren die verschiedenen Länder im Ausbau ihres Militärs und ihrer Kriegskraft.

Millionen Jugendlicher zogen in den Krieg. Tausende freiwillig, ohne die Tragweite ihres Entschlusses erkennen zu können. Wer fragte danach, daß sie leibter politisch unmündig waren, daß man sie als Kinder behandelte. Wenn sie das Gewehr tragen konnten, dann mußten sie marschieren. Jugend, könnt ihr euch dessen noch erinnern?

Soll es in den nächsten Jahren wieder so kommen?

Die furchtbaren Schrecken des vergangenen Weltkrieges sind zu schnell vergessen worden.

Was war die Bilanz von all dem? Tötung! Hunderttausende modern unterm grünen Raufen fern von der Heimat, bevor sie das Leben kannten. Verstümmelung, Erkrankung, Verfeuchung der Besten, Verwüstung, Verheerung von Milliarden, Teuerung, Hungersnot und eine Sintflut von Kummer und Tränen; ein endloser Zug trauernder Mütter, Väter, Witwen, Waisen; Hunderttausende, die noch auf den „Dank des Vaterlandes“ warten. Das ist die Bilanz! Das ist das Konto der kapitalistischen Welt. Soll dieser Unsinns noch einmal wiederkehren?

Darum, Jugend, fordert wir euch auf, in machtvoller Kundgebung euren unerträglichsten Willen kund zu tun, unermüdet gegen Krieg, gegen Militarismus, für den Sozialismus zu wirken. Wir wollen kämpfen gegen Kriegsgesinnung und Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für Völkerverständigung. Wir wollen als Träger der Zukunft, als Jugend der Tat, mit den Alten kämpfen, das Uebel mit der Wurzel ausrotten, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen.

Gedenken wir an unseren großen Vorkämpfer des Weltfriedens und der sozialistischen Idee, des ersten Opfers des Weltkrieges und geloben uns, nicht zu ermüden in unserer großen geschichtlichen Mission im Kampf gegen den Krieg. Deshalb richten wir den dringenden Appell an alle freigewerkschaftlichen Jugendgruppen, den am 21. und 22. August in Wehlar stattfindenden Antikriegstag der Arbeiterjugend durch Massenbeteiligung tatkräftig zu unterstützen. Auf, Jugend! Laßt euren Gedanken und Wünschen die Taten folgen! Es lebe die internationale Arbeiterbewegung, die einst den Völkern Frieden und Freiheit bringen wird. Es lebe der Kampf für der Menschheit höchstes Ideal — den Sozialismus!

In der Kundgebung sprechen Fritz von Unruh und voraussichtlich Crispian, Berlin, Mitglied des Sozialdemokratischen Parteivorstandes. Außerdem findet die Aufführung eines Sprechchorwerkes und die „Kreuzabnahme“ von R. Brüger statt. Quartierbestellungen und Teilnehmerkarten sind bei W. Knothe, Bezirksvorsitzender der SWJ., Wehlar a. d. Bahn, Eisenmarkt 7, zu bestellen.

Weitere Auskunft erteilt Fritz König, Jugendzentrale des ADGB, Frankfurt a. M., Altherbergenstraße 51 I.

Aus den Zahlstellen.

Dresden. Zu einer wichtigen Kundgebung gestattete sich die Versammlung am 29. Juli im großen Saale des Volkshauses gegen den gefällten Schiedspruch des Dresdner Schlichtungsausschusses, der für alle Parteien des Stein- und Lichtdruckereipersonals einen Lohnabbau von 5 Proz. vorseh. Kollege Herrmann gab noch einmal einen Rückblick über die Vorgänge, die zu dem angelegten Schlichtungsverfahren geführt hatten und erstattete dann den Bericht über den Gang der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Sechs verschiedene Tabellen, die auch einen Laien von der Undurchführbarkeit eines Lohnabbaues in der jetzigen wirtschaftlichen Situation überzeugen mußten, dienten dem Schlichtungsausschuss als Unterlagen zu seiner für die Dresdner Kollegenchaft bedeutungsvollen Lohngestaltung. Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrates Rauber stattfanden, zeigten das übliche Bild der Auseinandersetzungen gegnerischer Parteien, die zwei Stunden währten. Nach stundenlanger Beratung fiel dann der Schlichtungsausschuss folgenden Spruch: Die tarifmäßigen Löhne der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen werden um 5 Proz. herabgesetzt, und zwar von der am 31. Juli 1926 beginnenden Lohnwoche ab. Es wird eine 14tägige Kündigungsfrist festgesetzt, die erstmalig zulässig sein soll am 26. August 1926.

Bei den Ferienbestimmungen hat es kein Bewenden. Erklärungsfrist für die Parteien bis Montag, den 2. August, mittags 12 Uhr.

Kollege Herrmann ging nun ausführlich auf die Auswirkung dieses Spruches in bezug auf die jetzt bestehenden Löhne ein, die nach Wegzug der 5 Proz. eine Verringerung von 20 Pfg. bis 2,20 Mk. in der Spitze erfahren würden. Ferner zeichnete er die Lage im Beruf, die nicht als ungünstig anzupreisen sei. Eine Anzahl Firmen sind bis zum Herbst mit Aufträgen versehen, in einzelnen Firmen wird sogar mit Überstunden und Doppelschicht gearbeitet. Dieser Vorstoß der Dresdner Stein- und Lichtdruckereibesitzer ist auf Anweisung ihrer Zentrale erfolgt und wir hätten alle Veranlassung, in Anbetracht der übrigen deutschen Kollegen im Stein- und Lichtdruck diesen Vorstoß abzumehren, wenn nicht die Zahlstelle Dresden als Ausgangspunkt eines allgemeinen Lohnabbaues für diese Sparte benutzt werden soll. Wir sollen hierbei das Versuchsojekt sein, aber die Unternehmer werden uns gerüstet finden. Ferner erklärte der Redner die rechtliche Seite der eingetretenen Situation. Der Spruch habe dann erst Wirksamkeit, wenn beide Parteien sich damit einverstanden erklärt haben oder eine Verbindlichkeits-Erklärung erfolgt. Es sei aber fraglich, ob ein Bundesrichter für eine kleine Gruppe, die noch nicht einmal zu den lebenswichtigen Betrieben Beschäftigten zu zählen ist, diesen Schiedspruch verbindlich erklärt. Nachdem der Ausführende die anwesende Kollegenchaft auf den Ernst der Situation hingewiesen und an das gewerkschaftliche Pflichtgefühl eines jeden einzelnen appelliert hatte, brachte er als Beweis des Interesses der Hilfsarbeiterchaft anderer Druckstädte eine Resolution der Leipziger Funktionärversammlung zur Verlesung, die zum Ausdruck bringt die Sympathie- und Solidaritätsäußerung der dortigen Kollegenchaft und ausstößt in der Aufforderung, den aufgezwungenen Kampf für die deutsche Kollegenchaft aufzunehmen und zum Siege zu führen. Sturmrischen Beifall und Jubel löste diese Bekanntgabe aus. In der Erwartung, daß dieser Spruch von den Versammelten als unannehmbar abgelehnt würde und alle einzig seien in dem Vorhinein, keinerlei Verschlechterungen anzunehmen, schloß der Redner unter Beifall seine Ausführungen.

Nach einer dem Ernste der Situation Rechnung tragenden Aussprache, an der sich die Kollegen Milch, Weismann und Seidenglanz beteiligten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Das am 29. Juli im Volkshaus versammelte Dresdner Stein- und Lichtdruckereipersonal gibt seiner Entrüstung Ausdruck über den Schlichtungspruch, der einen sprögen Lohnabbau vorseh. In Anbetracht der sich täglich steigenden Lebenshaltungskosten und der diese Preissteigerung noch fördernden Auswirkungen der vom Reichstag beschlossenen Zollerhöhungen müssen die Versammelten die jeder sozialpolitischen Einsicht bare Entscheidung als unannehmbar ablehnen.“

Sollten die Arbeitgeber versuchen, die Lohnreduzierung durchzuführen, sind die Versammelten gewillt, die schärfsten Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Auch verpflichten sie sich, alle Wünsche der Unternehmer, durch Sondervereinbarungen mit den Belegschaften das Ziel zu erreichen, strikte abzulehnen.

Vertrauensvoll werden die Versammelten nur den Anweisungen der Lohnkommission und Ortsverwaltung Folge leisten und diese zur Durchführung bringen.“

Eine mittlere Vorgenommene geheime Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches ergab folgendes Resultat: 513 Stimmen gegen, 1 Stimme für den Schiedspruch, eine ungültige Stimme.

In seinem Schlusswort ging Kollege Herrmann nochmals auf den Ernst der Situation ein, wobei er die zu beobachtenden Verhaltensmaßnahmen bekannt gab. Seine Ausführungen klangen in einem anfeuernden und aufmunternden Appell aus, die nicht endenwollenden Beifall und begeisterte Zurufe auslösten.

Anschließend an diese Versammlung fand eine Funktionärskonferenz statt, in der über interne Richtlinien beraten und Anweisung über das zukünftig einzuschlagende Verhalten erteilt wurde.

Mainz. Unsere Mitgliederversammlung am 26. Juli hatte zur Tagesordnung: 1. Mitteilung. 2. Die gegenwärtige Lage im Buch- und Zeitungsgewerbe. 3. Die Aktion der deutschen Steindruckereibesitzer gegen das Hilfspersonal und seine bisherigen Ergebnisse. 4. Geschäftliches. Zum ersten Punkt gedachte der Vorsitzende in einem ehrenvollen Nachruf der verstorbenen Kollegin Eggebrecht, die am 18. Juli beim Baden im Rhein auf so tragische Weise ihr Leben lassen mußte. Die Versammlung ehrte das Andenken der so früh von uns Geschiedenen durch Erheben von den Sitzen. Zum Punkt 1 und 2 referierte Kollege Müller. Er schilderte der Kollegenchaft die Schwierigkeiten, die unsere Vertreter oft hatten, um den Reichstarif in seiner jetzigen Form dem Hilfspersonal zu erhalten und den besonders von den Provinzprinzipalen geforderten Lohnabbau zu verhindern. Ein großer Teil der Prinzipale steht auf dem Standpunkt, daß nur die Führer die Unzulänglichkeiten seien. Diese

verhinderten einzig und allein, daß die Prinzipale sich auf der so viel gepriesenen goldenen mittleren Linie mit dem Hilfspersonal einigen könnten. Wie diese mittlere Linie aussehen würde, das können unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Vortragszeit entnehmen. Das Hilfspersonal in allgemeinen steht weit ab dem Schuß. Es nimmt oft die Früchte unseres Verbandes als etwas Selbstverständliches hin. Man gabst ja seine Beiträge, und das lebrte hat die Verbandsleitung zu besorgen. Das ist aber ein verhängnisvoller Irrtum. Mit der Beitragszahlung allein ist noch nicht alles getan. Auf den Geist kommt es an, der die Mitgliedschaft beherrscht. Die Mitarbeiter jedes einzelnen ist notwendig, und unter Mitarbeit ist auch der regelmäßige Besuch der Versammlungen zu verstehen. Die Prinzipale wiederholen ihre Angriffe gegen das Hilfspersonal stets und ländig. Am 30. November d. J. laufen der Tarif und das Lohnabkommen für das Hilfspersonal in den Buch- und Zeitungsgewerbe ab. Zu diesem Zeitpunkt muß das Hilfspersonal stehen wie ein Mann, um ewigen Verschlechterungsgefahren der Unternehmer mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Zum Schein übergebend, gab der Redner ein Bild von der diesjährigen Aktion des Verbandes der deutschen Steindruckereibesitzer, deren Parole lautet: Abbau der Löhne, Verminderung oder gänzliche Abschaffung der Ferien und Wegfall der Feiertagsabzählung. Als wirklamen Bundesgenossen zur Vertiefung ihrer Pläne hatten sich die stets streitbaren Unternehmer vom Stein die gegenwärtige ungünstige allgemeine Wirtschaftslage ausgelacht. Unsere Kollegenchaft im Reichsgebiet hielt bis jetzt dem Ansturm der Unternehmer stand und wies jede geplante Verschlechterung ab. Breche geschlagen wurde lediglich am Unterriem und in — Mainz. Können wir unsere Position halten bis Ende Mai, so müßten wir, durch mißliche Verhältnisse gezwungen, einen Lohnabbau von 4 Proz. und Verlust von einem Tag Ferien in Kauf nehmen. Herr Rudolf Scholz, Vorstandsmittglied seiner Faktistik, hatte einen prinzipiellen Sieg errungen. Dieser Sieg war am nächsten Tage schon in Nürnberg und anderen namhaften Städten bekannt. Jedenfalls zu dem Zweck, um die streitbaren Mannen im Unternehmerlager aufzumuntern. Man darf sich dadurch nicht bange machen lassen. Das Resultat eines Kampfes richtet sich meistens nach dem Gelände, auf dem der Kampf ausgedehnt wird. Die Mainzer Kollegenchaft hat trotz der mißlichen Verhältnisse einen gewissen Teil Schuld an diesem Resultat. Wer die „Soll“ achlos beisteht und sie nicht liest, wer die Versammlungen stets schwänzt, wer sich auf die Arbeit anderer verläßt, der bedeutet eine Gefahr für die fortschreitende Arbeiterchaft. Wollen die Kolleginnen und Kollegen ihren Platz behaupten, so müssen sie mehr als bisher an der Mitarbeit für den Verband und am Versammlungsleben teilnehmen. In der Diskussion wurde neben anderem lebhaft Frage geführt über mißliche Zustände in der Druckerei v. Jabern, unter denen schon seit Monaten die Einlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen leiden. Die Firma, etwas heruntergewirtschaftet, ging seit zwei Jahren mehrmals in andere Hände über. Gegenwärtig der Inhaber ist ein Herr Dr. Schminke, der alles versucht, um das Geschäft wieder rentabel zu machen, nur vielleicht nicht das Richtige. Gehilfen bis zu zwanzigjähriger Tätigkeit mühen Leuten von auswärts Platz machen, bei denen das „Talent“ vorausgesetzt wurde, in bezug auf ihre Mitarbeiter „durchgreifen“ wirken zu können. Der erste, der dies Experiment an unseren dort beschäftigten Kolleginnen versuchte, war der von Frankfurt a. M. exportierte Steinbruder Dörr, der als „Ober“ seine Mitsieglerchaften dadurch befand, daß er unseren Kolleginnen das Leben zur Hölle machte, sie oft mit den gemeinsten Ausdrücken belegte, so daß wir endlich gezwungen waren, in der Sache vorstellig zu werden. Von der Geschäftsführung wurde das unfaire Handeln des Hebergewaltigen auch erkannt und Abhilfe versprochen. Schließlich wurde der Mann auch entlassen. Jetzt ist der Rest des Kapitals ein Buchdruck-Ober samt einem Kollegen aus Darmstadt, die von den Kolleginnen einen Beitrag zur Hebung des Geschäftes verlangen. So sollen z. B. die Anlegerinnen nach Ausdruck der Auflage die Formen abwaschen, ausbinden und die Formen in die Schere tragen. Die Mainzer Buchdrucker an der Wiege der Buchdruckerkunst haben das Ausbinden der Formen als einen Bestandteil ihrer Kunst für sich in Anspruch genommen, so daß unsere Anlegerinnen in Mainz nie in diese Tätigkeit eingeweiht wurden. Auch das Wegtragen von Formen hat man im allgemeinen Frauen nicht zugemutet. Die Einwürfe der Kolleginnen gegen die ungewohnte Betätigung, die auch oft im Gegensatz zu ihren körperlichen Kräften steht, wird ihnen als Widerpeniligkeit ausgelegt. Es gibt Drohungen mit Entlassungen und andere Widerwärtigkeiten. Behalten die maßgebenden Herren diese Methode bei, so müssen wir ihnen raten, auch ihr Hilfspersonal aus Darmstadt zu holen. Vorausgesetzt, daß dort welche Lust haben, in der Welschmorgengasse in Mainz mit sich Zirkus spielen zu lassen. Herr Knoll und seine Auftraggeber werden aus dem Hilfspersonal kein Plus mehr herauswirtschaften können, um das Geschäft wieder flott zu machen. Das Hilfspersonal verlangt eine gleichberechtigte Behandlung. Dann erst wird die verlangte Arbeitsfreudigkeit erzielt, nicht zuletzt zum Nutzen der neuen Firma. Auf Verlangen der Versammlung verpflichtete sich der Vorstand, die Angelegenheit im Auge zu behalten und auf Abhilfe zu drängen.

Rundschau.

Pauline Henkel 70 Jahre alt. Unsere Kollegin Henkel in Berlin, Mitbegründerin unseres Verbandes, wird am 7. August 70 Jahre alt. Ein Leben voller Arbeit liegt hinter ihr, aber auch voller Erfolge. Sie kam stolz und mit sich zufrieden heim, denn sie hat in ihrem Wirkungskreis Vorbildliches geleistet. Sie hat nach dem Dichterverb., erfüllt, was sie erfüllen sollte in ihren Grenzen und Bereich. „Noch heute ist sie beruflich tätig. Wir wünschen ihr herzlich an ihrem Ehrentage, daß sie endlich ausruhen kann und ein schöner Lebensabend sie erfreut. Unseren Dank für deine Treue und Mitarbeit liebe Kollegin Henkel.“

Die Volksfürsorge, das Versicherungsinstitut der Arbeitnehmerchaft, hat im 1. Halbjahr 1926 die nachstehenden recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen. Die Antragsproduktion steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117 000 und erreichte damit einen Bestand von insgesamt circa 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 50 Millionen Mark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von circa 200 Millionen Mark.

An Sterbegebern wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 300 000 Mark ausgezahlt; damit sind seit Umstellung auf feste Währung insgesamt 1,5 Millionen Mark den Hinterbliebenen der bei der Volksfürsorge verstorbenen Versicherten zugute gekommen. Zur Förderung der Konsumgenossenschaften, des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues usw. wurden Darlehen, die mündelicher angelegt sind, in Höhe von 15 Millionen Mark gegeben bzw. fest ausgelagt.

Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften unterstützen. Alle Versicherungsbedürfnisse des arbeitenden Volkes müssen bei dem eigenen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge gedeckt werden. Rat und Auskunft erteilt der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Literatur.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaft. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrgang 1926. 267 S. 6. Preis 1 Mk. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Jahrbuch der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung enthält einen Artikel aus der Feder des Vorsitzenden des Deutschen Solardarbeiterverbandes Fritz Karnow „Die deutsche Wirtschaftskrise“, 6. Aufsätze schreibt über Arbeitsbedürfnisse, Carl Krenn über Gewerkschaften und Betriebsräte, Felix Knappe über Arbeitspolitik, Dr. Hans Kraus über die Regelung der Elektrowirtschaft. Das Werk ist besonders deshalb zu empfehlen, weil in ihm kleinere Aufsätze Aufnahme fanden, die den Inhalt abwechslungsreicher gestalten. Es seien außer den bisher genannten nur noch erwähnt der Aufsatz des Betriebsrats E. Schmidt, Sozialismus als Aufgabe der Arbeit von H. Sturmfels, Die Zukunft der Arbeiter der Akademie der Arbeit und von D. Albrecht, Die Besteuerung der Grundrente.

Der Gewerkschaftler. Richtlinien zu seiner Durchführung für die bangewerblichen Arbeiter. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin 6, 14. Juleit. 6. Verlagsgesellschaft des ADGB, 104 Seiten. Preis broschiert 1,20 Mk., in Ganzleinen gebunden 2 Mk. Für Organisationsmitglieder broschiert 0,85 Mk., gebunden 1,50 Mk.

Abrechnungen.

In der Woche vom 26. bis 31. Juli sind die Abrechnungen des 2. Quartals aus Nürnberg für Gau 40, aus Berlin für Gau 8 und aus Danzig eingegangen.

Geldbeträge kamen aus Nürnberg 4530,— Mk., Breslau 1500,— Mk., Magdeburg 2478,60 Mk., Berlin 699,— Mk., Bielefeld (5. Rate) 500,— Mk.

Berlin, den 31. Juli 1926.

H. Sobahl.

Für die Woche vom 8. bis 14. August ist die Beitragsmarke in das mit 32 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer Kollegin Stella Schleder nebst Bräutigam Karl Hallas zu ihrer am 17. Juli stattgefundenen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Dortmund.

Unserer Kollegin Emma Kurth nebst Bräutigam J. zu ihrer am 31. Juli stattgefundenen Vermählung die besten Wünsche auf ihren ferneren Lebensweg!

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma „Union-Werke“, Kadebeul.

Unserem werten Kollegen Hans Porsjort nebst Braut zu ihrer am 7. August 1926 stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Danzig.

Unserer lieben Kollegin Frieda Körner (i. Fa. Vereinsdrucker) und ihrem Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Potsdam.

Unserer lieben Kollegin

Marta Ludwig

zu ihrer am 7. August 1926 stattfindenden Vermählung mit Herrn Otto Böttcher die besten Glück- und Segenswünsche.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Böhmet (Zür.).

STERBETAFEL.

Unsern Mitglidern die traurige Mitteilung, daß unser lieber Kollege

Anton Schickedanz

(i. Fa. Frankfurter Radfahrer)

im 78. Lebensjahre am 27. Juli verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Zahlstelle Frankfurt a. M.

Am 22. Juli 1926, abends gegen 6 Uhr, erlitt unser Kollege, der Motorradfahrer

Karl Hauser

beim Transport der Zeitungen einen schweren Unfall, indem er mit seinem Motorrad unter einen Lastkraftwagen geriet. Die schweren Verletzungen führten wenige Stunden später zu seinem Tode. Wir verlieren in Karl Hauser einen treuen und aufstrebenden Verbandskollegen.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm

die Kollegenchaft der Zahlstelle Mannheim.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schultze, Charlottenburg, Westschloßstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1238 — Verlag: H. Sobahl, Charlottenburg. — Druck: Wort- und Bild-Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.